



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0886890

1/11/27c - 26. November 1957

Zeitsweise

Inhalt:

NATO-Verwirrung immer größer	S. 1
Redegeber Stevenson/Bericht aus Washington	S. 3
Immer wieder: Getarnte Legationse- und Freizeit- propaganda	S. 5
Im der Vorsets des gesamtdeutschen Ausschusses	S. 8
Zur Ende des Schneider-Processes	S. 9

Die Weichen sind noch nicht endgültig gestellt

sp. Der Zeitung, lesen bietet sich bei der Lektüre von Nachrichten über die Vorbereitung der Pariser NATO-Konferenz ein verwirrendes Bild. Außenminister unternehmen "Stützbesuche" bei ihren Kollegen, schütteln sich an Scheinverpflichtung der Versprechungen & freundschaftlich die Hände, unterzeichnen gemeinsam offizielle Kommuniqués, in denen sie sich gegenseitig der "völligen Übereinstimmung" versichern, erklären aber sofort nach der Abreise des Besuchers, dass man ihnen über nichts geeinigt habe.

Entkleidet von zweckbestimmten Nachrichten ist der nüchterne Tatbestand: Amerikaner und Briten weigern sich, die von Frankreich und sich von der Regierung der Bundesrepublik geforderte Konsultativpflicht der NATO-Verbündeten vor schwerwiegenden politischen Schritten anzuerkennen. Die beiden westlichen Atom- und Wasserstoffbombenbesitzer wollen also das politische und militärische Gesicht des Atlantikpaktes nach Möglichkeit allein bestimmen.

Frankreichs seit Monaten unternehmerischer Versuch, zur dritten Atommacht des Westens zu werden, stößt bei Amerikanern und Engländern zunehmend auf Widerstand. Sehr verschiedenartige Gründe dürften hierfür entscheidend sein. Eines der Mängel an politischer Stabilität Frankreichs, zum anderen wahrscheinlich die Furcht, dass ein mit Atomwaffen gespeckter europäischer Konflikt den Gefahrenherd für den Ausbruch eines dritten Weltkrieges vergrößert. Denn Amerikaner und Engländer sind anscheinend gleichermassen davon überzeugt, dass nur der

Bundesrepublik und mit ihr der Bundeswehr auf die Dauer die atomare Bewaffnung nicht vorenthalten könne, wenn man sie Frankreich zubilligt. Frankreich wiederum fühlt sich durch dieses Verhalten seiner Alliierten brüskiert und in seinen Prestige als souveräner Staat verletzt. Deshalb versucht er - auch um die anglo-amerikanische Verweigerung der Konsultativpflicht zu durchkreuzen - die westeuropäische Koordination von Forschung und Entwicklung "moderner Waffen" mit Beteiligung der Bundesrepublik voranzutreiben. Bundesverteidigungsminister Strauss scheint sich in diesem Punkt Überlappung mit seinen französischen Kollegen einig zu sein.

Eigentlich dient dieser Versuch Frankreichs und der Bundesrepublik gleichzeitig dem Bemühen, in das atomare Rüstungsspiel hineinzukommen. Doch wer vermag zu sagen, wo die Grenze zwischen "gemeinsamer Forschung und Entwicklung" und der -redaktion der erforschten und entwickelten Waffen liegt?

In dieser Situation hat der amerikanische Auslandsbeziehungs-Experte George Kennan in der "Times" die Weltöffentlichkeit darauf hingewiesen, dass lediglich die Vermeidung von Militär-Überschüssen kein geeignetes Mittel für die Lösung der in der Welt anstehenden politischen Probleme sei. Kennan fordert das direkte Gespräch zwischen Moskau und Washington, wobei er von der wohl richtigen Überlegung ausgeht, dass im Grunde genommen heute die Sowjetunion und die USA das Schicksal der Welt in ihren Händen halten. Kennans Vorschlag ist zunächst nicht auf die Gegenüber der offiziellen Ausschnepolitik in den westlichen Staaten gestossen. Seine Idee bleibt aber im Raum; sie wird weiter diskutiert und trägt ohne Zweifel zur Enttarnung des jetzt schon unüberschaubaren Kartells von mehr oder weniger tiefenkundigen Querschlässerprozessen unter den Verbündeten im westlichen Lager bei.

Die deutsche Sozialdemokratie ist davon überzeugt, dass die Bundesrepublik einen guten und effektiven Beitrag zur Vorberereitung eines solchen direkten Gesprächs zwischen Moskau und Washington und damit zur Entspannung leisten würde, wenn sie sich nicht auf den atomaren Rüstungswettlauf einlassen. Sie wäre noch schlechter beraten, wenn sie die Wiedergeburt des militärischen Sechser-Europas auf der Grundlage der Montanunion-Förderer fördern würde, "Europa" hätte allenfalls Sinn, wenn damit die Initiative zur Schaffung eines atomarwaffenfreien Raumes verbunden wäre. Ein militärisches Sechser-Europa jedoch, dessen Funktion ebenfalls in nichts anderem bestehen würde, als dem Versuch, französischen Prestigebedürfnissen und falsch verstandenen westdeutschen Sicherheitsvorstellungen "atomar" nachzukommen, wäre der Beginn des Atom-Chaos in der Welt.

Die Weichen sind noch nicht endgültig gestellt. Noch besteht die Möglichkeit, konstruktiv an der Entschärfung der Ost-West-Spannung mitzuarbeiten. Westdeutschland würde hierbei nicht allein stehen!

26. November 1957

Adlai Stevensons "halbe" Eroberung Washingtons

Von unseren Korrespondenten in USA

Ein kurzes zehnzeiliges Schreiben, auf dem Golfplatz geschrieben und schlicht "D.D.E." unterzeichnet (für: "Dwight D. Eisenhower"), - das ist bis heute alles, was der demokratische Wahlkampfgegner Eisenhowers in zwei Wahlkämpfer, 1952 und 1956, bisher seit der regulären Wiederherstellung der "Überparteilichen" Aussenpolitik der USA vom Präsidenten des Landes und siegreichen Wahlkampfgegner gehört hat. Der Präsident hat nie ein Kehl daraus gemacht, dass ihm an persönlichen Kontakten mit seinem grossen innerpolitischen Gegenspieler Adlai Stevenson nichts liegt, - ebenso wie er auch, entgegen der Tradition, noch niemals seinen Amtsvorgänger Harry Truman zu sich ins Weisse Haus geladen hat oder an dritter Stelle eine Begegnung mit ihm gesucht hat.

Aussenminister Dulles, ein alter und routinierter, wenn auch vielleicht nicht immer sehr geschickter und taktvoller Diplomat, wusste ausgenau, was er tat, als er den besten Kopf und repräsentativsten Mann der oppositionellen Demokratischen Partei zu sich ins State Department holte und ihm die gleiche, oder doch sehr ähnliche, beratende und mitarbeitende Funktion anbot, die er, Dulles, selber seinerzeit unter Truman und Acheson ausgeübt hatte. Die wahre "Überparteilichkeit" erfordert ja doch nicht nur eine Konsultation, wenn sich die Folgen einer Politik zeigen, sondern gerade umgekehrt, lange zuvor, wenn diese Politik selber formuliert wird: sowohl in der Formosakrise 1955, als auch in der Suezkrise und der nachfolgenden Verurteilung der Eisenhower-Doktrin tat Eisenhower nur das erste und verabsäumte das zweite.

Ererschüttertes Vertrauen

Heute, in der noch sehr viel ernsteren Sputnik-Krise mit allen deren Ursachen, Auswirkungen, Begleiterscheinungen und Symptomen, mit ihrer Demonstration russischer Technologie und ihrer Folge russischer "Stärkepolitik", sah Dulles, dass man über die bisherige unbefriedigende Praxis hinauszugehen habe. Im Innern war das erschütterte Vertrauen zur Regierung wiederherzustellen - und die Verbreiterung der innenpolitischen Basis war ebenso wichtig wie die Hinzuziehung eines brillanten Experten der Aussenpolitik, dessen intellektuelle Gaben auch im republikanischen Lager unbestritten sind. Im Ausland, vor allem bei den europäischen NATO-Verbindeten, war das Vertrauen in die so oft schwankende, irrationale, ungenügend durchdachte und für Europa unverständliche Aussenpolitik der USA wieder herzustellen - und zu dieser Herkulesarbeit kann nach Lage der Sache niemand mehr beitragen, als der Mann, der sich in seinen beiden - wenn auch verlorenen - Wahlkämpfen in Europa so grosse Sympathien erobert hat. Endlich war es auch für die Länder des Ostblocks und die neutralistischen Staaten Asiens wichtig, zu sehen, dass Amerikas Anstrengung, wieder das Gesetz des Handelns an sich zu reissen, vom ganzen Volk und nicht nur der Regierungspartei gebilligt und gestützt wird. Und so wurde Stevenson

26. November 1957

Regierungsreferent für die NATO-Tagung.

Stevensons Bedingungen

Dulles möchte ihr offenbar, so liess er durchblicken, auch über die Pariser Tagung der NATO-"Spitzen" hinaus bei sich behalten, während man im Weissen Hause in dieser Hinsicht sehr viel zögernder denkt; Präsident Eisenhowers Kabinettschef und "Graue Eminenz", Sherman Adams, der heimliche Herrscher Washingtons, hat sogar öffentlich abfällige Bemerkungen über Stevenson fallen lassen, die darauf schliessen lassen, dass man in der engeren Umgebung des Präsidenten über Stevensons Einzug in Washington nicht sehr erfreut ist. Umgekehrt hat Stevenson sehr sorgfältig die Bedingungen und Voraussetzungen seiner beratenden Tätigkeit in der amerikanischen Diplomatie festgelegt: er wollte vermeiden, für sich wie für seine Partei Verantwortungen zu übernehmen, die rechtlich nun einmal nur die Regierung tragen kann, und er setzte durch, dass er vor der Formulierung politischer Massnahmen konsultiert wird und sich gutachtlich dazu äussern kann; folgt dann das State Departement seinen Ratschlägen, dann werde er auch dazu stehen, - aber eben, sonst nicht.

"Ideenfabrik"

Die Öffentlichkeit hat sich mit dieser neuen Zusammenarbeit Dulles-Stevenson einverstanden erklärt und sie sogar mehrheitlich sehr enthusiastisch begrüsst. Man merkt heute, dass es nicht nur darauf ankommt, dass auf der Pariser NATO-Tagung Eisenhower und Dulles ihren europäischen Partnern Atomwaffen und Raketenstützpunkte anbieten, sondern dass die amerikanische Regierung auch Ideen, politische Vorschläge, führe neue Gesichtspunkte und zukunftsreicheren neuen Geist ertücheln muss, wenn die erhoffte Neubelebung NATO's und die Erneuerung des europäischen Vertrauens in Amerika nicht nur auf dem Papier stehen bleiben soll. Und als "Ideenfabrik", als Symbol fortschrittlichen und mutigen Denkens und als Träger weitblickender Zukunftsvisionen ist Adlai Stevenson nun einmal in Amerika allein auf weiter Flur.

Voraussetzung für neue Konstellation

Unter Stevensons eigenen Parteifreunden sind hier und da Bedenken gegen seine neue Funktion erhoben worden. Es ist die Besorgnis, dass Eisenhower und Dulles den demokratischen Sprecher dazu benutzen wollen, den festgefahrenen Wagen wieder flott zu machen - und wenn ihm das gelingt, dann werde die Regierung allein allen Verdienst für sich in Anspruch nehmen; misslingt es aber, dann wird Adlai Stevenson der geeignete Sündenbock sein. Dass Stevenson selber, dem diese Gedanken auch nicht fremd waren, sich anders entschied, ehrt ihn und spricht für sein patriotisches Verantwortungsbewusstsein. Faktisch ist es natürlich nicht so, dass Stevensons Einzug ins State Departement die brüchig gewordene amerikanische Position wieder gefestigt hat. Aber Stevensons Zuziehung hat wenigstens neue Voraussetzungen für eine neue Konstellation geschaffen und der Umwelt gezeigt, dass man in Amerika in einer ernstesten Stunde auch ersatz Einsätze auf den Tisch zu legen bereit ist: und in diesem Sinne ist Stevensons Einzug in Washington eben doch ein politisches Faktum, das politische Folgen haben mag.

Propaganda mit Steuermitteln

W.P. Millionen DM aus öffentlichen Mitteln sind im Bundestagswahlkampf 1957 wieder in politische Propaganda umgesetzt worden. Die oppositionellen Parteien wiesen auf diesen Missbrauch wiederholt hin und forderten ein Aufhören dieser merkwürdigen Methode der Verwischung der Grenze zwischen CDU/CSU und Bundesregierung. Vielen Staatsbürgern ist der Gegensatz zwischen den kostspieligen und ausserordentlich pressenzügigen Propaganda-Aktivitäten recht unbekannter Vereine und Firmen an deren ökonomischer Sinnlosigkeit auf. Sie verlangten vor allem eine Aufklärung der Hintergründe der Finanzierung. Allerdings ohne Erfolg - immer wieder verschonte sich die Regierung hinter Fonds, die ihrer parlamentarischen Kontrolle und daher auch der Auskunftspflicht nicht unterliegen. Da die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für propagandistische Zwecke in diesem Wahljahr auf 20 bis 40 Millionen DM geschätzt werden, muss darum endlich ein Weg gefunden werden, damit künftig wenigstens ein Teil der Auswüchse, die der letzte Wahlkampf ergeben hat, und der grösste Missbrauch öffentlicher Mittel unterbunden wird.

Was steht dahinter ?

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Propaganda war deshalb in ihrem Umfang nicht leicht zu erkennen, weil sie ausgesprochen vielseitig war und der wahren Auftraggeber meist nicht zu erkennen gab. So existiert eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften, die auf die eine oder andere Weise ganz oder teilweise vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung subventioniert wird, ohne dass der Leser auch nur im entferntesten Kenntnis davon erhalte. Wie dabei vorgegangen wird, zeigen die bekannten Meldungen über die illustrierte "Steib im Bild" und das geplante "Kix-Magazin". Hier sollte der Öffentlichkeit endlich einmal eine Liste der auf mindestens zwei Dutzend geschätzten Publikationen unter Regierungseinfluss zugänglich gemacht werden.

Erheblich schwerwiegender ist jedoch die Methode der Bundesregierung, ihre Propaganda durch zwischengeschaltete sog. "Tarnorganisationen" betreiben zu lassen und damit den wahren Auftraggeber und Finanzier zu verschleiern. Wenn zum Beispiel die von der Bundesregierung

unterhaltene "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" eine fahrende Propaganda-Ausstellung mit acht B-Zugwagen monatelang durch das Bundesgebiet reisen lässt und als Veranstalter völlig widerrechtlich eine süddeutsche Messgesellschaft angegeben wird, so kann darin nur eine Irreführung der Öffentlichkeit erblickt werden.

Das gleiche gilt für die grosse Propaganda-Aktion des Presse- und Informationsamtes. Die 40 Lautsprecher- und Filmwagen der Propagandafirma "Mobilwerbung" verbreiteten in den ländlichen Gebieten monatelang Adenauers Argumente zur Rüstungspolitik, wobei die Wagenbesetzungen im Bedarfsfalle eine gewisse "Staatsbürgerliche Informationsstelle" als Auftraggeber angaben. Nur Eingeweihte wussten, dass diese kostspielige Aktion zur Vorbereitung des CDU-Wahlkampfes aus dem NATO-Fonds des Presse- und Informationsamtes finanziert wurde.

Schliesslich muss in diesem Zusammenhang die Wanderausstellung der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft" genannt werden, die noch von dem verstorbenen Staatssekretär a. D. Dr. Otto Lenz für Propagandazwecke gegründet wurde. Die "Deutsch-Atlantische Gesellschaft" ist, wie jedermann bekannt ist, ein Honoratiorenverein, der nicht über eigene Mittel verfügt, um Werbestaktionen durchzuführen. Sowohl die Wanderausstellung als auch die Schriftproduktion und die Veranstaltungen der Gesellschaft werden demzufolge aus fremden Mitteln bestritten, die direkt oder indirekt - über das Presse- und Informationsamt oder über NATO-Fonds - aus Steuergeldern bestehen. Der Zeitpunkt der Durchführung der Ausstellung am Anfang des Wahlkampfes lässt jedenfalls erahnen, wem damit propagandistische Hilfe geleistet werden sollte.

Gefälschte Verlage

Eine weitere Stufe der gefälschten Propaganda stellt die Herstellung und der Versand von Massenbroschüren durch gefälschte Verlage und Vereine dar. Postwurfsendungen an Lehrer, Pfarrer, Beamte und andere Bevölkerungsgruppen, aufgegeben von unbekanntem Verlagen, ebenso wie Werbeproschüren durch Scheinvereine massenhaft versandt, haben in zurückhaltender und manchmal versteckter Form die Arbeit der Bundesregierung hervor, stellten die Kritik der Regierungsgegner dagegen stets als hässlich, unsinnig oder unerschöpflich hin.

Die grösste Auflage dieser Art von Regierungspropaganda dürfte übrigens die im Verlag "Staat und Gesellschaft" erschienene und von zahlreichen Tarnorganisationen verbreitete Broschüre Pascual Jordans "Wir müssen den Frieden retten" erreicht haben, die ihre Bedeutung durch die vorübergehende bekannte Erklärung der 18 deutschen Atomwissenschaftler erhielt. Diese Schrift stellte nämlich eine Rechtfertigung der bisherigen Atompolitik der Bundesregierung dar. Jordan gehört seit dem 15. September der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages an. Das konnten allerdings jene nicht wissen, denen die/aussserordentlich neutral erscheinende Schrift während des Wahlkampfes ins Haus flatterte. Man durfte damals annehmen, dass auch sie die Stimme eines politisch unabhängigen Wissenschaftlers sei.

Schluss mit der Verschleierung !

Das Ausmass getarnter öffentlicher Propaganda hat seit 1949 ständig an Umfang und Zahl zugenommen. Eine vollständige Übersicht über die subventionierten Publikationen, Gesellschaften und Firmen dürfte schwerlich zu erlangen sein. Es ist daher an der Zeit, gegen die fragwürdigen Methoden, mit denen hier vorgegangen wird, Sturm zu laufen, und zwar im Interesse der Erhaltung einer sauberen Demokratie, die den politischen Parteien als Teilern unserer demokratischen Ordnung die Gleichheit der Chancen garantiert. Umso mehr als diese durch die Parteiensubventionen der Interessenverbände ohnehin bereits ernstlich gefährdet ist.

Solange nicht erreicht werden kann, dass die getarnte Regierungspropaganda überhaupt eingestellt wird, sollte überlegt werden, ob nicht wenigstens im Wahljahr die Mittel für Zwecke der Regierungspropaganda gesperrt werden könnten. Und wenn auch dies nicht möglich sein sollte, verbliebe die Forderung, die Regierungspropaganda sollte im Wahljahr ausschliesslich offen betrieben werden, so dass die Herkunft der Propaganda von Wähler jederzeit zu erkennen ist. Das bisherige Verfahren der Verschleierung und Erweckung falscher Vorstellungen jedenfalls ist im demokratischen Sinne gefährlich, gerade weil auch die dritte Regierung von der CDU/CSU gebildet worden ist. Es könnte zu einer zunehmenden Entartung unserer Demokratie führen und ist geeignet, totalitären Tendenzen Vorschub zu leisten.

Neues Kesseltreiben gegen Wehner?

sp. Zwei Tage bevor im Deutschen Bundestag die in zähen Verhandlungen zustande gekommene Einigung der Fraktionen über die Aufteilung der Ausschüsse sanktioniert werden soll, hat in CDU-Zeitungen erneut ein Kesseltreiben gegen den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner begonnen. Wenn es nur der "Rheinische Merkur" allein wäre, dann brauchte man die Angelegenheit nicht ernst zu nehmen, aber ein Leitartikel in der "Kölnischen Rundschau" vom Dienstag zeigt, dass gewichtige politische Kräfte hinter dieser neuen Menschenjagd stehen. Der CDU/CSU-Fraktion und ihrer Entscheidung über die Ausschussaufteilung, die sie am Dienstag oder Mittwoch fällen wird, kommt deshalb eine erhöhte Bedeutung zu. Sie soll sich dabei folgende Tatbestände vor Augen halten:

1. Die Verhandlungen über die Ausschussverteilung sind als ein Ganzes zu sehen.
2. Die sozialdemokratischen Unterhändler haben niemals einen Zweifel daran gelassen, dass sie Herbert Wehner als Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses wieder nominieren werden. Die CDU-Unterhändler haben diese Tatsache zur Kenntnis genommen und keinerlei Widerspruch erhoben.
3. Der Vorfall in der Plenarsitzung vom 4. April 1957 ist durch einen Briefwechsel zwischen Herbert Wehner und dem Bundesinnenminister bereinigt worden, wobei die Meinungsverschiedenheiten über den Wert einer Amnestie nach wie vor weiter bestehen, aber selbst die CDU kann nicht erwarten, dass bei diesem politischen Problem Konformismus Platz greift.

Welche Gründe kann also die CDU anführen, wenn sie sich in ihrer Mehrheit doch für ein neues Theater im Falle Wehner entschliesst sollte? Es gibt keine Gründe, denn Herbert Wehner hat aus seiner politischen Vergangenheit, die seine persönliche Integrität niemals und nicht im geringsten angetastet hat, niemals einen Hehl gemacht. Die Tatbestände sind der CDU immer bekannt gewesen. Sie hatte nie in den acht Jahren seiner Tätigkeit als Ausschussvorsitzender daran Anstoss genommen, denn schließlich ist Herbert Wehner in der 1. und 2. Legislaturperiode als Vorsitzender dieses Ausschusses immer mit den Stimmen der CDU gewählt worden. Niemand kann ihm auch aus seiner Antiführung in diesem Ausschuss Vorwürfe machen, im Gegenteil, ihm kann nur allseitig bestätigt werden, dass er dieses Amt unparteiisch und loyal ausgeübt hat.

Wenn man alle diese Tatbestände berücksichtigt, dann bleibt nur die Hetze gegen einen Vertreter und Sprecher der Sozialdemokratischen Partei übrig, den man zum politischen Freiwild erklären möchte, um später auch andere zu treffen. Die CDU aber sollte zur Kenntnis nehmen, dass sie sich nicht zur Richter über die Qualifikationen eines Sozialdemokraten als Sozialdemokrat aufwerfen kann. Wer Sozialdemokrat ist, entscheidet einzig und allein die Sozialdemokratie selbst und niemand anders. Wenn die CDU/CSU-Fraktion so schlecht beraten sein sollte und die Tiraden eines Herrn Wenger zum Maßstab von politischen Entscheidungen macht, dann sollte sie auf jeden Fall wissen, dass sie auf die Solidarität der gesamten Bundestagsfraktion der SPD stossen wird.

Ein Prozess, der keine Klärung brachte

sp. Beim Landgericht in Hannover ist jetzt durch Beschluss die Einstellung des Strafverfahrens gegen den früheren Agenten des französischen Geheimdienstes, Hans-Konrad Schmeisser, und die "Spiegel"-Redakteure Augstein, Jaene und Mars bekanntgegeben worden. Damit findet ein Prozess seinen Abschluss, der geradezu sensationelle Enthüllungen ungeklärt liess.

Vor mehr als fünf Jahren, am 9. Juli 1952, veröffentlichte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" einen Artikel "Am Telefon vorsichtig" in dem behauptet wurde, der frühere Chefagent des französischen Geheimdienstes, Schmeisser, habe 1948 ständigen Kontakt zu dem damaligen CDU-Zonenvorsitzenden und heutigen Bundeskanzler, Dr. Adenauer, dem damaligen CDU-Generalsekretär und heutigen Botschafter, Dr. Blakenhorn, und dem damaligen CDU-Wirtschaftsreferenten und heutigen Generalkonsul Dr. Reifferscheidt, unterhalten. Er habe damals laufend Berichte über alle den französischen Geheimdienst interessierenden Fragen erhalten. Reifferscheidt soll zu dieser Zeit sogar die Loslösung der Rheinlande von Deutschland und den wirtschaftlichen Anschluss an Frankreich vertreten haben. Dem CDU-Politiker seien als Gegenleistung Geld, Lebens- und Genussmittel geliefert worden. Ausserdem soll Adenauer vom französischen Geheimdienst angeboten worden sein, im Falle eines russischen Einmarsches in Westdeutschland mit seinen nächsten Familienangehörigen aus der Gefahrenzone nach Spanien in Sicherheit gebracht zu werden.

Dieser Artikel erregte erhebliches Aufsehen. Dr. Adenauer erwirkte eine einstweilige Verfügung, die zur Baselaufnahme der noch greifbaren Auflage der Zeitschrift führte. Dem zu erwartenden Prozess schlossen sich die drei CDU-Politiker als Nebenkläger an. Man konnte mit Spannung den Prozess erwarten, in dem die Wahrheit der schwerwiegenden Behauptungen geklärt werden würde.

Die Vorbereitung des Prozesses zog sich jahrelang hin. Erst drei Jahre später begann in Hannover die Hauptverhandlung, an der Dr. Blakenhorn und Dr. Reifferscheidt persönlich teilnahmen. Zur allgemeinen Überraschung wurde das Verfahren jedoch bereits einen Tag später eingestellt, nachdem Schmeisser und die "Spiegel"-Redakteure eine Erklärung abgegeben hatten, dass sie gegen die Nebenkläger den Vorwurf eines pflichtwidrigen oder ehrenrührigen Verhaltens nicht erheben würden. Daraufhin hatten diese ihre Strafanträge zurückgezogen. Über den Inhalt der Beschuldigungen selbst war aber damit eine Klärung nicht erfolgt.

Die Staatsanwaltschaft nahm daran Anstoss, dass die Prozesskosten nach Vereinbarung der Prozessgegner allein dem mittellosen Schmeisser aufgebürdet werden sollten. Er legte gegen die Einstellung des Verfahrens Berufung ein. Die Sache ging daraufhin an den Bundesgerichtshof, der im Oktober 1956 die Ungültigkeit des Vergleichs feststellte. Ein weiteres Jahr verging, in dem schliesslich die "Spiegel"-Redakteure sich zur Beteiligung an den Kosten bereit erklärten, bevor der Einstellungsbeschluss endlich verkündet werden konnte.

Er lässt eine Affäre in Nachrichtenschemel Westdeutschlands endgültig untergehen, die nicht nur von politischem Interesse sondern auch von historischen Gesichtspunkten her eine Aufklärung verdient hätte. Denn gerade das Zwielfichtige in der Sicht von Ereignissen ist früher oder später immer wieder die Ursache für Gerücht und Mutmassungen.